



Aktionsgemeinschaft Dienst für den Frieden e.V.
Action Committee Service for Peace-Comité d'Action Service pour la Paix

Endenicher Straße 41
D-53115 Bonn

Telefon: 02 28/2 49 99-0
Telefax: 02 28/2 49 99-20

agdf@friedensdienst.de
www.friedensdienst.de

Bank
BIC
IBAN

KD-Bank eG Duisburg
GENODED1DKD
DE73 3506 0190 1011 3910 16

AGDF: Deutsche EU-Ratspräsidentschaft muss Freiwilligendienste stärken

Bonn, 24. Juni 2020/dj

Nach Ansicht der Aktionsgemeinschaft Dienst für den Frieden (AGDF) sollte Deutschland den Vorsitz im Rat der Europäischen Union nutzen, sich für die Internationalen Freiwilligenprogramme und -organisationen stark zu machen. „Freiwilligendienste stärken den Zusammenhalt Europas, das zivilgesellschaftliche Engagement für Frieden, für soziale Gerechtigkeit, für die Wahrung der Menschenrechte und der Demokratie“, unterstreicht Jan Gildemeister. Die Corona-Pandemie stelle die Internationalen Freiwilligendienste allerdings derzeit vor große Herausforderungen, fügt der AGDF-Geschäftsführer hinzu.

So mussten im Frühjahr nach Ausbruch der Pandemie Freiwillige ihre Einsätze in den Projekten aufgeben. Die meisten Freiwilligen können vor dem offiziellen Ende ihres Dienstes im August ihren Dienst nicht wiederaufnehmen, so die AGDF. Die Rückholaktionen verursachten erhebliche Kosten und viele Langzeitdienste der jungen engagierten Menschen wurden vorzeitig beendet. „Für die Aufnahmeprojekte heißt es, sich neu zu organisieren, und das mit weniger Unterstützung. Hinzu kommt ein zusätzlicher Aufwand, um mit den Freiwilligen ihr Engagement von zu Hause aus zu gestalten“, ergänzt Jan Gildemeister.

Sara Mieth, European Liaison Officer des Netzwerkes of European Voluntary Service Organisations in Brüssel verweist auf die jungen Freiwilligen, die Anfang September neu ihren Dienst beginnen sollen. Für diese bestehe die Unsicherheit zudem weiter, da ihre Ausreise wegen der aktuellen Corona-Situation noch ungewiss sei. Viele änderten ihre Pläne und sagten ihren Freiwilligendienst ab. „Die Organisationen, die Freiwilligendienste anbieten, müssen sich auf Absagen und Krisensituationen einstellen. Und weniger Freiwillige belasten die Projekte und führen zu finanziellen Einbußen für die Organisationen“, warnt Sara Mieth.

Die AGDF verweist auf die Wichtigkeit des Europäischen Solidaritätskorps. In vielen europäischen Ländern gebe es keinen anerkannten Freiwilligendienst. Das Europäische Solidaritätskorps, das als Folgeprogramm des Europäischen Freiwilligendienstes (EFD) der EU eingeführt wurde, werde daher von vielen begrüßt, erläutert Jan Gildemeister. Die Aktionsgemeinschaft kritisiert den Vorschlag zum neuen Mehrjährigen Finanzrahmen der Europäischen Kommission. „Obwohl Kommissionspräsidentin Ursula von der Leyen bei ihrer Antrittsrede entsprechende Programmmittel versprochen hat, werden die Gelder für das Europäische Solidaritätskorps und für Erasmus+ jetzt wieder gekürzt, so Sara Mieth. Für den AGDF-Geschäftsführer zeigt dies deutlich: „Die gesellschaftspolitische Bedeutung der Internationalen Freiwilligendienste ist unstrittig, in den politischen Diskursen der EU spielt sie aber eine sehr kleine Rolle.“

Die AGDF erwartet von der deutschen EU-Ratspräsidentschaft, dass sie sich für eine Erhöhung der Mittel des Europäischen Solidaritätskorps im Mittelfristigen Finanzrahmen einsetzt und damit zu einer größeren Anerkennung des internationalen Engagements von jungen Menschen beiträgt. „Das Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend hat sich zum Ziel gesetzt, die internationale Mobilität junger Menschen zu steigern. Dies kann die Bundesregierung während der deutschen Ratspräsidentschaft ab Juli besonders befördern“, unterstreicht Jan Gildemeister.

„Wichtig ist, eine rasche Abstimmung und den Programmstart für das Europäische Solidaritätskorps zum 1. Januar 2021 zu gewährleisten. Die Organisationen benötigen Klarheit für die kommende Zeit“, betont Mieth. Sie macht deutlich: „Die Freiwilligendienstorganisationen haben sich während der Corona-Pandemie mit großem Verantwortungsbewusstsein und Engagement für die jungen Menschen eingesetzt. Wir wünschen uns von der EU-Ratspräsidentschaft Deutschlands, sich für eine größere Anerkennung der Freiwilligendienste einzusetzen“.

Kontakt:

Jan Gildemeister, Tel. 0228/24 999-13, H 0172/70855 37